

DIE NAMENSÄNDERUNG DER REPUBLIK NORDMAZEDONIEN

Anfang dieses Jahres konnte der grosse Konflikt um den Namen «Mazedonien» beigelegt werden. Nun haben sich diesem aufstrebenden Staat in internationaler Hinsicht viele neue Perspektiven eröffnet. In der noch jungen Geschichte des Landes wies zuvor nichts auf eine rasche Beseitigung des Konflikts hin.



Der griechische Premierminister Tsipras und sein nordmazedonischer Amtskollege Zaev Bild commons.wikimedia.org

Am 15. September 1991 erklärte sich die Teilrepublik Mazedonien im Verlaufe des Zerfalls von Jugoslawien für unabhängig. Der Name «Republik Mazedonien» und die verwendete Flagge mit dem Stern von Vergina wurden eingeführt. Dies führte jedoch umgehend zu einem grossen Konflikt mit dem südlichen Nachbarn Griechenland. Griechenland sah im makedonischen Herrscher Alexander dem Grossen eine historische Figur des antiken Griechenlands und war nicht einverstanden, dass ein anderes Land dieses historische Erbe für sich beansprucht. In der Folge wurde dem neuen Land die internationale Anerkennung verwehrt. Eine zwischenzeitliche Beruhigung konnte nur mit Hilfe der Vereinten Nationen erreicht werden, als sich die verschiedenen Parteien auf den Namen «Former Yugoslav Republic of Macedonia» (FYROM) einigten. Dadurch konnte der Staat Mitglied der Vereinten Nationen werden. Allerdings blockierte Griechenland weiterhin eine Aufnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowohl in die EU als auch in die NATO und machte seine Zustimmung von einer Lösung der Namensfrage abhängig.

Die Jahre vergingen und die Regierungen der beiden Länder hielten stur an ihren Standpunkten fest. Erst in jüngster Vergangenheit als sich die beiden Ministerpräsidenten aus Griechenland, Alexis Tsipras, und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Zoran Zaev, engagierten, konnten die diplomatischen Bemühungen um die Beilegung des Namensstreits vorangetrieben werden, mit tatkräftiger Unterstützung der EU. Im

Juni 2018 einigten sich beide Ministerpräsidenten auf den Namen «Republik Nordmazedonien» und bereits drei Monate später wurde in Nordmazedonien darüber ein Volksreferendum abgehalten. Der neue Name wurde zwar angenommen, allerdings nur mit 37% Stimmbeteiligung. Obwohl das Minimum von 40% Beteiligung nicht erreicht worden war, ermutigte die EU die beiden Staaten, die Genehmigung in beiden Parlamenten voranzutreiben. Schliesslich stimmten beide Parlamente der Namensänderung im Januar 2019 zu. Die Namensänderung trat am 12. Februar 2019 offiziell in Kraft.

Am 5. Mai fanden in Nordmazedonien die Präsidentschaftswahlen statt. Sie galten als Stimmungstest in Bezug auf die Namensänderung und die neu eingeschlagene Richtung hin zu einer Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Der sozialdemokratische Kandidat Stevo Pendarovski konnte sich gegenüber der parteilosen, von der nationalkonservativen Partei unterstützten Kandidatin Gordana Siljanovska-Davkova durchsetzen. Der Ausgang der Wahl wurde als Bestätigung der Namensänderung und der prowestlichen Politik interpretiert. Diesmal wurde die minimale Stimmbeteiligung mit 46,7 Prozent übertroffen und laut dem ODIHR-Wahlbeobachtungsbericht verlief alles rechtens. Der neue Präsident will nun die Gunst der Stunde nutzen und die internationale Integration Nordmazedoniens fortführen. Dieser sollte nun nichts mehr im Wege stehen. Die EU-Kommission liess verlauten, dass sie noch dieses Jahr mit den Beitrittsgesprächen starten wolle. Ebenso bestätigte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass eine Aufnahme Nordmazedoniens ins Bündnis nun vollzogen werden könne.

Mit dieser Entwicklung konnte der jahrelange Konflikt zwischen Nordmazedonien und Griechenland dank der Bereitschaft der Regierungen und Parlamentsmehrheiten beider Länder bereinigt werden. Sie zeigt genauso deutlich auf, wie fundamental die Rolle von internationalen Organisationen wie der UNO, der EU und der OSZE ist.

Nicholas Rüegg